

Positionspapier

Ein CO₂-Budget als politische Basis

Stand: Februar 2021

Ein CO₂-Budget als politische Basis

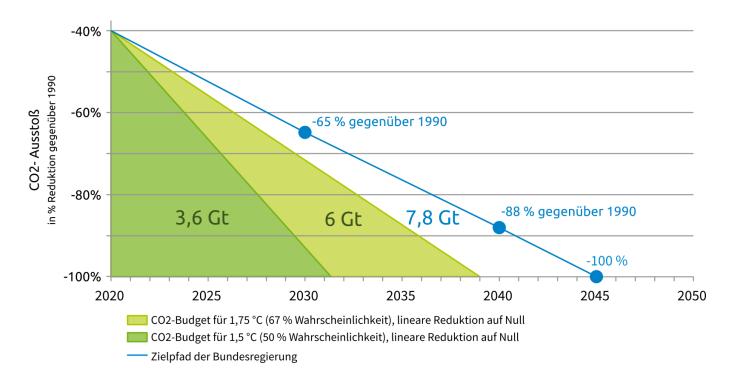
Bei der Klimakonferenz in Paris 2015 wurde beschlossen, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C und nach Möglichkeit auf unter 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Damit das gelingt, darf die Menschheit im 21. Jahrhundert **insgesamt nur noch eine bestimmte Menge an Treibhausgasen (CO₂-Budget)** ausstoßen. Entscheidend ist also nicht die Frage, ob Deutschland im Jahr 2050 klimaneutral ist, sondern **wie schnell** unsere Emissionen auf dem Weg zur Klimaneutralität sinken.

Für die Festlegung des verbleibenden CO₂-Budgets sind zwei Fragen maßgeblich:

- Welche Temperaturerhöhung sind wir gerade noch bereit zu akzeptieren?
- Mit welcher Wahrscheinlichkeit soll dieses Temperaturlimit eingehalten werden? (Vollständige Sicherheit kann es wegen verbleibender Unsicherheiten in den wissenschaftlichen Klimamodellen nicht geben).

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) der Bundesregierung betrachtet ein CO₂-Budget als "Paris-kompatibel", bei dem ein Temperaturlimit von 1,75°C mit 67%-iger Wahrscheinlichkeit eingehalten wird.¹ Hieraus ergibt sich ab 2020 noch ein weltweites CO₂-Budget von rund 720 Gigatonnen (Gt). Verteilt man dieses in pro Kopf gleicher Höhe auf die Weltbevölkerung , entfällt auf **Deutschland ab 2020 noch ein maximales Budget von 6 Gt.** Legt man dieses Budget zugrunde, müssen die deutschen Emissionen bis 2039 linear auf Null sinken. Die **bisherigen deutschen Klimaziele werden dem nicht gerecht**, wie die folgende Grafik zeigt. Das gilt umso mehr, wenn man nicht lediglich 1,75°C, sondern 1,5°C als einzuhaltendes Temperaturlimit wählt:

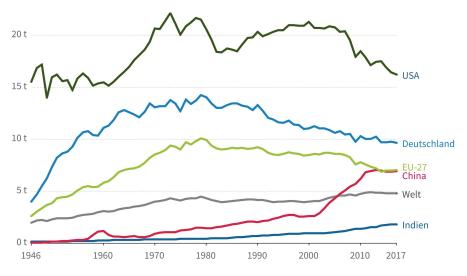


Bürgerlobby Klimaschutz – Citizens' Climate Lobby Germany e.V. (CCL-D) Urbanstraße 20 · 81371 München · +49 (89) 46224773 · <u>ccl-d.org</u> · <u>ccl@ccl-d.org</u>

¹ Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU): Pariser Klimaziele erreichen mit dem CO₂-Budget. https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/ 2020 Umweltgutachten Kap 02 Pariser Klimaziele.html

Mehr tun in kürzerer Zeit

Je schneller wir unsere Emissionen in den kommenden Jahren senken, desto länger reicht das verbleibende Budget am Ende aus. Daher sollte sich Deutschland schon für das Jahr 2025 auf eine 55%-ige Senkung seiner Emissionen verpflichten. Für 2030 wäre ein Emissionsziel von minus 70% gegenüber 1990 angemessen.² Diese Ziele sind prozentual höher als das europäische Durchschnittsziel – und das aus gutem Grund, da die deutschen



Pro-Kopf-Emissionen an CO₂ spürbar höher sind als der EU- oder gar der Weltdurchschnitt (siehe Grafik). Übrigens haben sich **auch andere Länder** verpflichtet, ihren CO₂-Ausstoß bis 2030 weit überdurchschnittlich zu senken - etwa Großbritannien um 68% und Dänemark um 70% gegenüber 1990.

Gute Gründe für ein stärkeres Klimaziel

- 1. **Generationengerechtigkeit:** Um die Chance zu wahren, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen, müssen die Emissionen deutlich schneller gegen Null sinken.
- 2. **Internationale Gerechtigkeit:** Deutschland hat deutlich höhere CO₂-Emissionen als die anderen großen Volkswirtschaften der EU. Daher ist es nur angemessen, wenn wir unsere Emissionen stärker senken.
- 3. **Langfristig geringere Kosten:** Vorausschauende Politik, die jetzt ein klares Zeichen für klimafreundliche Investitionen setzt, ist auf lange Sicht deutlich kostengünstiger als verzögerter Klimaschutz.³
- 4. **Machbarkeit:** Mit dem europäischen Emissionshandel und dem nationalen CO₂-Preis für Wärme und Verkehr lassen sich Emissionen schnell und kosteneffizient senken. Die beiden Systeme sollten zeitnah reformiert werden, um das verfügbare CO₂-Budget widerzuspiegeln.
- 5. **Soziale Gerechtigkeit:** Durch die CO₂-Bepreisung werden vor allem Menschen mit geringerem Einkommen überdurchschnittlich belastet. Dem lässt sich entgegenwirken, indem man das Geld aus dem CO₂-Preis als Klimadividende an die BürgerInnen zurück verteilt. Von der Dividende profitieren GeringverdienerInnen und Familien und die Akzeptanz in der Bevölkerung steigt.

"Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) empfiehlt der Bundesregierung [....] ein mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibles deutsches CO2-Budget festzulegen und die Klimaziele entsprechend zu verschärfen. Das Budget sollte bestehende Ziele nicht ersetzen, sondern als übergreifende Bewertungsgrundlage dienen."

Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU), Jahresgutachten 2020

³ https://www.mckinsey.com/business-functions/sustainability/our-insights/how-the-european-union-could-achieve-net-zero-emissions-at-net-zero-cost?cid=eml-web



² Auch der Think Tank Agora Energiewende bezeichnet eine 65%-ige Senkung der deutschen Emissionen bis 2030 als wesentlichen Zwischenschritt zur Klimaneutralität 2050, vgl. https://www.agora-energiewende.de/projekte/klimaneutrales-deutschland-2050/